



Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Februar d. J. in Anerkennung der anlässlich des Bergsturzes bei Steinbrück bethätigten verdienstlichen Wirksamkeit dem Verwaltungsraths-Adjunkten der Triester Kohlenbergwerksgesellschaft Wenzel Bittner das goldene Verdienstkreuz mit der Krone, dem dem Bahnwächter der privilegierten Südbahn-Gesellschaft Wenzel Reuschl das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. Februar d. J. dem Steueramtsdiener Georg Mathes in Arnoldstein anlässlich seiner Versetzung in den dauernden Ruhestand, in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und eifrigen Dienstleistung, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Februar d. J. dem Hauptmünzamt-Arbeiter Ignaz Lahoda in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und eifrigen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Die k. k. österreichische und die kön. italienische Regierung sind mittelst gegenseitig ausgetauschter Erklärungen vom 24. Jänner und 3. Februar d. J. übereingekommen, daß auch die Versicherungsgesellschaften jeder Art, gleich den Actiengesellschaften und den Commanditgesellschaften auf Actien, zum Geschäftsbetriebe in den beiderseitigen Staatsgebieten nach den Grundsätzen der Reciprocität und gegen Beobachtung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zugelassen werden.

Am 22. Februar 1877 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das V. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig blos in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

- Nr. 11 die Verordnung des Ministers des Innern vom 12ten Februar 1877, betreffend die Errichtung einer neuen Bezirkshauptmannschaft in Prezan;
- Nr. 12 das Gesetz vom 12. Februar 1877, wodurch die aus einem Grundtausch sich ergebende Vermehrung des gräflich Thurnheim'schen Real-Fideicommisses bewilligt wird;
- Nr. 13 die Kundmachung des Ministeriums des Innern vom 14. Februar 1877, betreffend die gegenseitige Zulassung von Versicherungsgesellschaften jeder Art zum Geschäftsbetriebe in Oesterreich und Italien.

(Wr. Btg. Nr. 42 vom 22. Februar 1877).

Nichtamtlicher Theil.

Die Konferenz über den Bankausgleich.

Wien, 21. Februar.

Die Konferenz zwischen der Regierung und den Vertrauensmännern des Herrenhauses sowie den Delegierten der verfassungstreuen Klubs des Abgeordnetenhauses fand, wie angekündigt, heute nachmittags um 2 Uhr in den Repräsentations-sälen des Ministeriums des Innern statt. Der Verhandlung wohnten auch die Präsidenten der beiden Häuser, Fürst Karl Auersperg und Dr. Reichbauer, bei. Nachdem Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg die Versammlung begrüßt und einige einleitende Worte gesprochen hatte, gab der Minister des Innern Freiherr v. Lasser eine pragmatische Darstellung des ganzen Ganges der Ausgleichsverhandlungen. Er theilte hierbei mit, daß beide Regierungen über die Modalitäten des gesammten Ausgleichs eine vollständige Einigung erzielt haben und dieselben vor ihren Parlamenten vertreten werden. Beide Regierungen halten aber in betreff der Bankfrage die Zusammensetzung des Generalraths für so wichtig, daß sie hierüber die Meinung der Mitglieder der beiden Vertretungskörper einholen wollen. Hierauf setzte Finanzminister Freiherr v. Bretis den Stand der Bankfrage und insbesondere den Punkt der Zusammensetzung des Generalraths detailliert auseinander. Zum Schlusse formulierte der Herr Finanzminister die Frage, welche die Regierung an die Partei stellt und deren Wortlaut aus der gestrigen Nummer der „Laib. Btg.“ bekannt ist.

Vonseite der Herren Hofrath v. Neumann, Dr. Reichbauer, Dr. Herbst, Baron Winterstein, Baron Linti, Baron Eichhoff, Baron Hein, Dr. v. Demel, Dr. v. Plener, Dr. Edward Suez und Hofrath von Arneht wurden Anfragen über einzelne Punkte an die Regierung gestellt, welche entsprechend beantwortet wurden. Dr. v. Demel hatte bemerkt, daß mit der Annahme der Bestimmungen über den Generalrath noch nicht der ganze Ausgleich acceptiert sei; Baron Winterstein interpellirte, warum das Bankstatut nicht vorgelegt wird; Dr. Ed. Suez fragte in betreff der Achtzig-Millionen-Schuld an zc. Zum Schlusse sprach der Ministerpräsident der Versammlung, die mehrere Stunden gedauert hatte, den Dank der Regierung aus.

Am Abend desselben Tages versammelten sich die drei verfassungstreuen Klubs, um den Bericht ihrer Delegierten entgegenzunehmen. Sie einigten sich dahin, morgen vormittags 11 Uhr eine Gesamtkonferenz der verfassungstreuen Abgeordneten abzuhalten und zu derselben auch die Minister einzuladen. Wir lassen nun zunächst den Bericht über die Sitzung

des Klubs der Linken folgen. Die „Reichsraths-Korrespondenz“ berichtet über dieselbe, wie folgt:

„Obmann Dr. Herbst setzte auseinander, daß der Minister des Innern Freiherr v. Lasser den Vertrauensmännern in umständlichster Weise den ganzen genetischen Hergang der Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Regierungen und den Bankfunctionären dargelegt habe, und erwähnt, daß bezüglich aller Punkte die Einigung sämmtlicher Factoren schon früher zustande kam, mit Ausnahme von vier, resp. drei Punkten, und zwar:

- Erstens, bezüglich des Wirkungsbereiches des Generalrathes.
- Zweitens, bezüglich der Beamtenernennungen, welcher Punkt eigentlich einen Bestandtheil des ersten bildet.
- Drittens, bezüglich der Höhe der Dotation, und
- Viertens, bezüglich der Zusammensetzung des Generalrathes.

Durch die neuesten Verhandlungen sei jedoch auch bezüglich aller dieser Punkte eine Einigung, und zwar in nachstehender Weise herbeigeführt.

Bezüglich des ersten Punktes wurde mit Zuziehung der Bankvertreter und mit deren Zustimmung der Wirkungsbereich des Generalrathes derart vereinbart, wie er in dem bekannten Referentenentwurfe der Bank enthalten ist.

Bezüglich des zweiten Punktes wurde vereinbart, daß sämmtliche Beamte der österreichisch-ungarischen Bank vom Generalrath ernannt werden.

Der dritte Punkt, die Dotationsfrage betreffend, wurde dahin erledigt, daß nach dem Antrage der Bank für Ungarn eine fixe Dotation per 50 Millionen bestimmt wurde, also beiläufig eine Million mehr als die gegenwärtige Dotationssumme der ungarischen Filiale beträgt.

Hinsichtlich des vierten Punktes erklärte die Regierung Folgendes: Der definitive Abschluß der Regierungsvereinbarungen über die Bankfrage und damit über die gesammten Ausgleichsvorlagen hängt davon ab, ob die Partei ihre Zustimmung zu folgender Zusammensetzung des Generalrathes der Bank gibt.

Der Generalrath besteht aus dem Gouverneur, zwei Vizegouverneuren und zwölf Generalräthen. Der Gouverneur wird auf gemeinsamen Vorschlag der beiden Regierungen, die Vizegouverneure werden auf Vorschlag des betreffenden Finanzministers von Sr. Majestät ernannt, die Generalräthe werden von der Generalversammlung gewählt, und zwar nach dem freien Ermessen der Directionen in Wien und Budapest.

Die Ernennungen und Wahlen geschehen auf vier Jahre, und nach jedem Jahre werden drei Mitglieder des Generalrathes ausgelost und neu bestellt. Bezüglich des vierten Punktes habe die Bank eine Erklärung abgegeben, dahin, daß sie die Bestimmungen dieses Punktes

Feuilleton.

Das Volksschulwesen in Oesterreich mit Schluß des Schuljahres 1875.

(Fortsetzung.)

Unterrichtssprachen.

Ein interessantes Bild gibt die Verschiedenheit der Sprachen, mittelst deren und in denen der Unterricht an den Volksschulen stattfindet, worin sich zugleich die große und schwierige Aufgabe zeigt, welche der Unterrichtsverwaltung in Bezug auf die Beschaffung geeigneter Lehrer und Lehrmittel obliegt.

Von der oben ausgewiesenen Gesamtzahl der öffentlichen Volksschulen waren im Schuljahre 1875 deutsch 6313, czechisch 3685, polnisch 1045, ruthenisch 1005, italienisch 630, slovenisch 481, serbo-kroatisch 221, die übrigen Schulen (mit Ausnahme einzelner binischer, romanischer und magyarischer) sind sprachlich gemischt; unter diesen gibt es nahezu 400, in denen die deutsche Sprache theils als Lehrgegenstand, theils als zweite Unterrichtssprache im größeren oder geringeren Umfange behandelt wurde.

Unterrichtszeit.

Im Schuljahre 1875 wurde der Schulunterricht ganzjährig und ganztägig an 10,182 öffentlichen Schulen, ganzjährig und halbtägig an 2837 öffentlichen Schulen, ertheilt; an den übrigen 1238 öffentlichen Schulen bestanden in dieser Beziehung andere Einrichtungen. (Ab-

weichungen dieser Art finden sich insbesondere in Tirol und Vorarlberg, wo das Schuljahr an vielen Schulen früher beendet und dann nur noch für einen Theil der Kinder eine Sommerschule gehalten wird.) Wird berücksichtigt, daß früher an den einklassigen Schulen der bloß halbtägige Unterricht (bei welchem die älteren Kinder nur vormittags und die jüngeren nur nachmittags zur Schule kommen) in allen Ländern mehr oder weniger üblich war, so muß auch das bedeutende Anwachsen der Schulen mit ganzjährigem und ganztägigem Unterrichte, den die neue Schulgesetzgebung im Interesse einer intensiveren Jugendbildung überall anstrebt, als ein erfreulicher Fortschritt bezeichnet werden.

Mit den Volksschulen in Verbindung stehende Anstalten.

Nach § 10 des Reichs-Volksschulgesetzes können mit besonderer Rücksicht auf die Bedürfnisse des Ortes mit den Volksschulen Anstalten zur Pflege, zur Erziehung und zum Unterrichte noch nicht schulpflichtiger Kinder (Unterbau) so wie Fachkurse, welche eine spezielle landwirthschaftliche oder gewerbliche Ausbildung gewähren (Oberbau), verbunden werden. Der für die weibliche Jugend so wichtige Unterricht in weiblichen Handarbeiten bildet gesetzlich einen obligaten Lehrgegenstand der Mädchenschulen; wo aber solche nicht bestehen, sind nach § 15 des Reichs-Volksschulgesetzes für die schulpflichtigen Mädchen eigene Arbeitsschulen zu errichten. Diese für die Vorbereitung der Jugend zur Schule so wie für die künftigen praktischen Lebensberufe der Jugend höchst wünschenswerthen Bestimmungen können bei den hochgesteigerten Kosten, welche schon die gewöhnlichen Schulen

erheischen, nur allmähliche Durchführung finden. Gleichwol weist die Conseription für das Schuljahr 1875 auf:

- 93 Kinderbewahranstalten,
- 45 Kindergärten,
- 2036 Arbeitsschulen,
- 3607 Schulgärten,
- 312 landwirthschaftliche Versuchsfelder,
- 3161 Baumschulen,
- 368 landwirthschaftliche und
- 36 gewerbliche Fortbildungskurse.

Lehrer.

An allen Volksschulen wirkten am Schlusse des Schuljahres 1875 31,196 Lehrpersonen, hievon 27,677 an den öffentlichen Schulen. Seit 1871 ist die Zahl der Lehrpersonen an den öffentlichen Schulen um 5246 Individuen gestiegen.

Für den obligaten Unterricht waren 25,366 Lehrpersonen bestellt, um 4152 mehr als 1871.

Hilfslehrer wirkten 2311, um 1094 mehr als im Schuljahre 1871.

Der Aufschwung im Lehrpersonal während 1871 bis 1875 beträgt nahezu 25 Prozent.

Die Kategorie der Oberlehrer erfuhr eine Vermehrung von 964, was eben so viele neue Schulerweiterungen bedeutet, da Oberlehrer gesetzlich nur für mehrklassige Schulen zu bestellen sind.

Im Durchschnitte entfallen pro 1875 auf eine öffentliche Volksschule 1.9 Lehrer; am günstigsten ist dieser Procentsatz in Triest mit 7.9, dann in Niederösterreich mit 3.1 (ohne Wien mit 2.3), in Steiermark mit 2.5, in Böhmen mit 2.1, am ungünstigsten

als eine politische Frage ansehe und deshalb glaube, ein Votum in dieser Frage unterlassen zu sollen.

Der Obmann fügte bei, daß er der Partei die Freiheit des Votums bezüglich der Bankakte gewahrt habe, so daß, selbst wenn obigen Punkten beigegeben werden sollte, es der Partei immerhin freistünde, für den Fall, daß ein oder der andere Punkt der vorzuschlagenden Bankakte ihr nicht genehm wäre, dieselbe abzulehnen. Was die Zensoren betrifft, waren dieselben nach dem Referentenentwurf vom Generalrathe zu ernennen, welcher Vorschlag jedoch durch allseitiges Uebereinkommen dahin geändert wurde, daß die Zensoren von der betreffenden Direction ernannt, denselben jedoch die Dekrete insoweit nicht ausgefolgt werden, bis der Generalrath diese Ernennungen bestätigt hat. Schließlich bemerkte der Obmann, daß, wenn der die Zusammenfassung des Generalrathes betreffende Punkt die Billigung der Partei erlangt, dies nur die Folge hat, daß die Regierung die nöthigen Vorlagen mit der ungarischen Regierung vereinbart und das Weitere veranlaßt, damit diese Angelegenheit der parlamentarischen Erledigung zugeführt werden könne.

Wie schon eingangs erwähnt, endete die Sitzung damit, daß sich der Klub der Linken mit den beiden anderen verfassungstreuen Klubs dahin einigte, morgen vormittags 11 Uhr eine Gesamtkonferenz der Verfassungspartei, zu der auch die Ruthenen und die Demokraten geladen sind, zur Anhörung der Minister und zur Fragestellung an dieselben über die Details abzuhalten. Nach den zu erwartenden weiteren Aufklärungen der Minister wird dann in der Versammlung in Abwesenheit der Minister über die Bankabmachungen debattiert und eventuell Beschluß gefaßt werden. Endlich sei noch erwähnt, daß einer Versicherung des Freiherrn v. Laffer zufolge die gesammten Ausgleichsvorlagen zu Beginn des Monats März dem Reichsrathe vorgelegt werden, falls die Verfassungspartei den Abmachungen in der Bankfrage die Zustimmung erteilt.

Zu Centrumsklub referierten Obmann Freiherr v. Eichhoff und der Obmann-Stellvertreter Freiherr v. Hopfen über die Konferenz mit der Regierung. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sich die Redner im allgemeinen dahin aus, daß der Ausgleich in seiner gegenwärtigen Form acceptabel sei, nachdem die für die diesseitige Reichshälfte gefährlichen Bestimmungen aus demselben eliminiert worden seien. Ein Beschluß wurde jedoch heute nicht gefaßt, da der Klub der morgen stattfindenden Gesamtkonferenz der Verfassungspartei nicht vorgreifen wollte. Trotzdem der Klub es ursprünglich nicht für angemessen erachtet hatte, die Minister zu dieser Konferenz einzuladen, so conformierte er sich schließlich doch der Anschauung der beiden anderen verfassungstreuen Klubs auf Einladung der Minister.

Auch der Fortschrittsklub faßte den Beschluß, die morgige Parteikonferenz zu beschicken. Erst nach langer Diskussion und nachdem bereits beschlossen war, die Minister zur Konferenz nicht einzuladen, verstand sich der Fortschrittsklub dazu, den Beschluß des Klubs der Linken zu acceptieren und an der Parteikonferenz unter Zuziehung der Minister theilzunehmen. Wiederholt wurden die Punkte in dieser Angelegenheit zwischen beiden Klubs gewechselt. Der Fortschrittsklub sprach in seiner Diskussion die Befürchtung aus, die Mitglieder der Regierung könnten die Klubs in der Konferenz zur Annahme der Propositionen bewegen. Deshalb concedierte der Klub der Linken, daß in Abwesenheit der Kabinettsmitglieder debattiert und Beschluß gefaßt werden möge.

in Görz-Gradiska, Bukowina und Dalmazien mit je 1:3, in welcher letzteren Ländern die einlässigen Schulen mit nur einem Lehrer den höchsten Prozentsatz der bestehenden Schulen haben.

Die zahlreichen Religionslehrer der verschiedenen Konfessionen sind in den voranstehenden Zahlen nicht begriffen.

Unter den 25,366 Lehrpersonen für den obligaten Unterricht waren 22,864 Lehrer und 2502 Lehrerinnen, die Zahl der Lehrer hat seit 1871 um 3296, jene der Lehrerinnen um 856 zugenommen. Von den Lehrern gehörten 21 Prozent dem geistlichen, 97.9 Prozent dem weltlichen Stande an; von den Lehrerinnen waren 18.1 Prozent Nonnen und 81.9 Prozent weltlichen Standes. Ansehnlich vertreten zeigte sich der geistliche Stand an den Volksschulen in Görz-Gradiska, Istrien und Dalmazien, dann an den Privatschulen mit Oeffentlichkeitsrecht in Niederösterreich, Triest und Galizien; an den Privatschulen Tirols wirken mehr geistliche als weltliche Lehrer. Die Mitglieder weiblicher Congregationen haben an den Schulen in Krain, Vorarlberg und Schlesien, an den Privatschulen mit Oeffentlichkeitsrecht in Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und Dalmazien das Uebergewicht über die Zahl der weltlichen Lehrerinnen.

Die Gehalte und Nebenbezüge des Lehrpersonales an den öffentlichen Volksschulen betragen im Schuljahre 1875 im ganzen 12,920,645 fl., was einen Durchschnitts-Jahresbezug für eine Lehrkraft mit 467 fl. ergibt.

Dieser Durchschnitt in den einzelnen Ländern stellt sich am günstigsten in Niederösterreich mit 717 fl. (ohne

Dieses Compromiß wurde endlich vom Fortschrittsklub acceptiert. In der Diskussion im Fortschrittsklub sprachen sich viele Redner gegen die Ausgleichspunctationen aus und bekämpften insbesondere die Zusammenfassung des Generalrathes, die „Parität mit Ungarn“, welche darin zur Geltung gelange. Andere Redner wiesen darauf hin — und diese bildeten die Majorität, — daß in die Annahme der Ausgleichspunctationen nur dann zu willigen sei, wenn die Verfassungsgesetze in betreff der gemeinsamen Angelegenheiten im Sinne des Antrages Fuß abgeändert würden, das heißt, wenn der Modus der Delegationswahl eine Modificierung erfahre in der hauptsächlichsten Richtung, daß das Abgeordnetenhaus hinfür mehr Mitglieder in die Delegation entsende als das Herrenhaus, weiters, daß die Delegierten nicht mehr wie bisher nach Ländern, sondern aus dem ganzen Hause zu wählen seien, und endlich, daß die gemeinsamen Abstimmungen der beiden Delegationen zu entfallen haben. Von der Annahme dieser Modifikationen macht der Fortschrittsklub seine Haltung in der Ausgleichsfrage abhängig. — Ueber die Debatte, welche sich an die Mittheilungen des Grafen Coronini über die Darlegungen der Regierung knüpfte, wurde übrigens Geheimhaltung beschlossen.

Die Herrenhaus-Mitglieder dürften nach Schluß der morgigen Sitzung des Herrenhauses darüber sich einigen, wann ihre Konferenz behufs Entgegennahme des Berichtes ihrer Vertrauensmänner stattfinden und wer von letzteren den Bericht erstatten soll.

Oesterreichischer Reichsrath.

54. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 22. Februar.

Nach Erledigung des Einlaufes gelangt die zweite Lesung des Gesetzes, betreffend die Bewilligung eines Kredites von 600,000 fl. behufs Beschickung der Pariser Weltausstellung, zur Verhandlung. Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zuerst im Herrenhause eingebrachte Regierungsvorlage über ein „Gesetz, betreffend die zur Information des Kuratelgerichtes erforderliche Vernehmung der Besitzer von Pfandbriefen oder von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Theilschuldverschreibungen.“ Die juridische Kommission des Herrenhauses hat an dem Texte des Gesetzes mehrfache Aenderungen vorgenommen und den Titel desselben, wie folgt, abgeändert: „Gesetz, betreffend die Wahl und den Wirkungskreis von Vertrauensmännern der durch einen gemeinsamen Kurator vertretenen Besitzer von Pfandbriefen oder von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Theilschuldverschreibungen.“

Freiherr v. Hein spricht gegen den Gesetzentwurf, der den Inhabern von Werthpapieren nicht genügenden Schutz gegenüber etwaigen Mißbräuchen biete.

Graf Leo Thun ist der Meinung, daß sowohl die Regierungsvorlage als auch der Antrag der Kommission abzulehnen sei, um die Regierung zu veranlassen, über den Gegenstand eingehendere Studien und eine neue Vorlage zu machen. Im Laufe seiner Rede kommt Redner auch auf die Angelegenheit der St. Genois-Rose zu sprechen und erklärt es für sehr unbillig, die Ziehungen derselben zu verschieben. Dieselben sollen regelmäßig stattfinden, und nach der Ziehung soll es den Besitzern der

Wien mit 623 fl.); in Triest mit 619 fl., in Oberösterreich mit 612 fl., in Mähren mit 541 fl., sinkt dagegen unter 400 fl. in Krain, Görz-Gradiska, Istrien, Bukowina und Dalmazien, unter 300 fl. in Vorarlberg und Galizien, und beträgt in Tirol, wo die Rechtsverhältnisse der Lehrer noch nicht gesetzlich geregelt sind, nur 167 fl.

Wenngleich die Zunahme der Lehrpersonen eine sehr namhafte ist, so entspricht der Stand des Lehrpersonales auch im Schuljahre 1875 bei weitem noch nicht dem wirklichen Bedarfe.

Der Mangel an Lehrern war besonders in jenen Ländern noch recht empfindlich, in denen der Nachwuchs an Lehrkräften weniger intensiv ist und durch die Sprachverhältnisse und durch die Zustände des Volksschulwesens überhaupt für Lehramtskandidaten aus anderen Theilen des Staatsgebietes keine Anlockung besteht. Dieser gehört vor allen Galizien, wo, wie schon erwähnt, der Lehrermangel an 187 Volksschulen die Unterbrechung des Unterrichtes hervorrief. Aber selbst in den Ländern, in denen der Verpflichtung zum Schulbesuche meist entsprochen wird und der Entwicklung der Volksschule seitens der Bevölkerung volles, opferwilliges Interesse entgegengebracht wird, war man noch im Schuljahre 1875 öfter genöthigt, zu ungeprüften Aushilfslehrern die Zuflucht zu nehmen, und war die weitaus überwiegende Mehrzahl der Bezirke, abgesehen von dem Fehlen der hiezu nöthigen Schullokalitäten, schon wegen des Lehrermangels noch nicht in der Lage, der gesetzlichen Bestimmung, wonach bei mehr als 80 schulbesuchenden Kindern ein zweiter Lehrer zu bestellen ist, entsprechen zu können.

(Fortsetzung folgt.)

gewinnenden Lose freistehen, sich mit ihren Ansprüchen auf dem Rechtswege an den Grafen St. Genois zu wenden. Ein in dem Sinne des vorliegenden Gesetzes aufgestellter Kurator wäre aber in der Lage, schon vor der Ziehung dem Veranstalter eines derartigen Lotterielebens ein Moratorium zu gewähren, ehe noch die Ansprüche irgend eines Losbesizers zu Recht erwachsen sind. Man möge überhaupt den Paragraph des Strafgesetzes, welcher vom Konkurse handelt, nicht nur Einzelnen gegenüber, sondern auch gegenüber Banken und Gesellschaften anwenden, oder offen erklären, daß man mit Rücksicht auf das öffentliche Wohl dies nicht thun wolle. Redner schließt mit der Invective, daß die Regierung durch die Fehler ihrer inneren Politik in Verwicklung mit unreinen Geldmächten gerathen sei und dadurch das Recht unter das Unrecht gebeugt habe.

Berichterstatter Freiherr v. Haerdtl widerlegt in eingehender Rede die vom Grafen Leo Thun vorgebrachten Argumente und erklärt es für unpatriotisch und unwahr, wenn jemand erklärt, daß in Oesterreich Unrecht vor Recht gehe oder das Recht gebeugt werde. Der Kurator der Dux-Bodenbacher Bahn, dessen Wirken von dem Borredner verdammt wurde, habe nur im Gebote der dringendsten Nothwendigkeit gehandelt, da andernfalls die Prioritätsgläubiger gar nichts bekommen hätten.

Justizminister Dr. Glaser sieht sich genöthigt, die Anschuldigungen des Grafen Leo Thun im Namen seiner Kollegen und im eigenen Namen mit Rücksicht auf ihren unbemerkten Namen zurückzuweisen. Borredner hat eben diese Anklage erhoben, um seinem entgegengesetzten politischen Standpunkte und der Parteipolitik die größte Ausdrucks zu geben. Die Verhältnisse, die das Ministerium bei seinem Amtsantritte vorgefunden, wurden früher durch andere Männer ganz verschiedenen Parteistandpunktes geschaffen. Das Ministerium hat die Krisis nicht geschaffen, und es war ihm nicht möglich, plötzlich und über Nacht alles gutzumachen, was gefehlt worden war. Das Kuratorengesetz wurde nicht allein, sondern in Verbindung mit anderen zwei einschlägigen Gesetzen dem Reichsrathe eingebracht, und niemand, der diese Gesetze in ihrer Totalität betrachtet, kann sich der Einsicht verschließen, daß nur die Vorsehung für Aufrechterhaltung des Rechtszustandes dieselben geschaffen habe. Redner führt aus, daß der Fall sehr gut gedacht werden kann, in welchem es im Interesse aller liege, Gesetze zugunsten eines einzelnen Unternehmens zu schaffen. Sei ja doch Aehnliches auch in Oesterreich zur Zeit vorgekommen, als der Herr Borredner (Leo Thun) als Minister im Amte war.

Graf Leo Thun verwahrt sich dagegen, nur auf politischer Geschäftigkeit gesprochen zu haben — er sei immer objektiv gewesen.

Minister Dr. Unger sagt: Obwohl Graf Leo Thun durch seine zweite Rede seine Ausführung, wodurch er der Regierung am Schluß persönlich den Vorwurf der Unlauterkeit machte, abgeschwächt hat, so sei er doch gezwungen, den erhobenen Vorwurf im Namen der Regierung mit Entrüstung zurückzuweisen.

Nachdem noch der Berichterstatter gesprochen, wird zur Spezialdebatte übergegangen und das Gesetz ohne weitere Debatte den Anträgen der Kommission conform in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die nächste Sitzung findet morgen 1 Uhr statt.

Der Friede mit Serbien.

Die neuesten Nachrichten aus Konstantinopel stellen den Abschluß des Friedens zwischen Serbien und der Türkei bereits für die nächste Woche in Aussicht. Nur die von serbischer Seite angeregte Grenzregulierung wird zu ihrer Erledigung noch eines längeren Zeitraumes bedürfen. Auf eine Regulierung der Grenze am Ibar scheint die türkische Regierung überhaupt nicht eingehen zu wollen, oder sie will dieselbe wenigstens auf eine spätere Zukunft vertagen. Dagegen ist sie bereit, die Reclamationen Serbiens betreffs des streitigen Gebietes einiger unbedeutender Inseln am unteren Timok gerecht zu werden. Auch an der Drina soll eine gemischte Kommission, sobald dies die Witterungsverhältnisse erlauben, die Grenzregulierung durchzuführen, insofern der Besitz von Klein-Zvornik und Salar Serbien zugesprochen werden dürfte.

Der auf diesen für Serbien verhältnismäßig sehr günstigen Grundlagen zustande gebrachte Friedensschluß wird sodann der am 26. d. M. zusammentretenden großen Skupschtina zur Genehmigung vorgelegt werden. Die große Skupschtina tritt zwar nur ad hoc zusammen und wird ohne Zweifel nach Erledigung der dringendsten Angelegenheit, der Kriegs- und Friedensfrage, wieder auseinander gehen. Dennoch wird gerade ihr Verdict in dieser Frage, welches in einem die seitherige Regierungspolitik verurtheilenden Sinne ausfallen dürfte, einen Markstein in der Entwicklung unseres kleinen Nachbarlandes bilden. Die große Skupschtina, die diesmal so viele Mitglieder als die kleine, d. h. 520 zählt, ist nach der serbischen Verfassung einzuberufen, wenn ein neuer Fürst zu ernennen, Landestheile abzutreten oder einzuverleiben, die internationale Stellung des Landes zu verändern ist, oder wenn der Fürst überhaupt in einer besonders wichtigen Frage die Meinung des Landes zu hören wünscht.

Die große Skupschtina, welche diesertage sich vereinigt, wird eben auf Grund der letzteren Verfassungsbestimmung zusammenberufen. Ueber die politische Physiognomie derselben und die Stellung, die sie dem serbischen Ministerium gegenüber voraussichtlich einnehmen dürfte, spricht sich das „N. Br. Tzbl.“ in nachstehender Weise aus: „Unsere Nachrichten über die serbischen Wahlen lassen heute schon ziemlich bestimmt die Meinung des Landes erkennen. Nach allen seitherigen Informationen wird sich die eigentliche Regierungspartei in dieser Skupschtina in bedeutender Minorität befinden. Vor allem werden die Herren der letzten Skupschtina, die Omladinisten, von ihren Stühlen gestürzt werden. Bekanntlich rekrutiert sich diese Partei hauptsächlich aus der Mitte der jungen Professoren und Schullehrer und der jüngsten Generation der Verwaltungsbeamten. Der Kaufmannsstand hielt sich so ziemlich ganz entfernt von derselben, und auf dem eigentlichen Lande und selbst in den größeren Landstädten wollte man nichts von ihr wissen. In Belgrad selbst tragen die verwandtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen einiger Mitglieder des Ministeriums dazu bei, eine lokale Niederlage des omladinischen Kabinetts abzuwenden.“

Aus ähnlichen Gründen, wie die Niederlage der Omladinisten, rührt das Anwachsen der Kommunistenpartei her, deren Zahl seither ein Duzend nicht überschritten hatte. Diese Kommunisten, die weniger mit den französischen Revolutionären als mit den russischen Nihilisten verwandt sind und auf die Namen Bakunin und Netshajeff schwören, werden von den unwissenden Landeuten lediglich gewählt werden, weil sie sich als unbedingte und unerbittliche Gegner der Regierung auführen.

Das Volk aber, in seiner großen Masse, will mit der Regierung strenge Abrechnung über die Politik halten, die Serbien dahin geführt hat, wo es heute steht. Das serbische Volk verlangt Bescheid auf seine Frage, wie es von der Regierung unter trügerischen Versprechungen, ohne nötige Vorbereitung, ohne Bedürfnisse und namentlich ohne die Allianz mit Rußland in einen ruinierenden Krieg geführt werden konnte. Es will zum Ohr des Fürsten die Klage über die rücksichtslose Kriegführung, über die unbarmherzigen Requisitionen bringen, durch welche der Bauer an den Bettelstab gebracht wurde. Es will ein strenges Verdict über die ganze Richtung der Regierungspartei aussprechen, welche die Beziehungen Serbiens nach allen Seiten verdorben und namentlich Serbien die Freunde welche ihm Michael fremd hat, die Griechen, Rumänen, Bulgaren, entverwaltung der Kriegsgelder und über die Thatsache, warum überall während des Krieges auf die verantwortungsvollsten Posten Männer gesetzt wurden, die, wie Ranto Altmptic, keinen anderen Anspruch aufzuweisen vermochten, als ihre Verwandtschaft mit den Regierungsmittellern.

Da nun ein radikales, kommunistisches Ministerium in Serbien nicht möglich ist, so wird dem Sturze des gegenwärtigen nur ein altkonservatives oder ein jungkonservatives folgen können, ein Ministerium Marcinovic oder ein Ministerium Zunic. Die beiden konservativen Fractionen sind einig in dem Wunsche, daß in der auswärtigen Politik die Grundsätze des Fürsten Michael wieder aufgenommen werden: loyales Verhältnis gegenüber allen Garantemächten, Anbahnung von Handelsverträgen, Aufnahme von Anleihen zum Zweck der Eisenbahnverbindung mit dem Auslande. Beide sind auch betreffs der inneren Politik darin einig, daß jetzt die ganze Sorge der Regierung ausschließlich auf die Hebung der ökonomischen Noth des Landes gerichtet werden müsse. Die Jungkonservativen speziell werden darauf hinarbeiten, daß unter Wahrung aller Freiheiten des Landes die Revision der Verfassung durchgeführt werde, so daß die Macht nicht wieder in die Hände einer in ihren Zielen ganz unberechenbaren Partei fallen kann.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 23. Februar.

Die Gesamtkonferenz der österreichischen verfassungstreuen Abgeordneten ist, den vorgestrigen Klubschlüssen gemäß, gestern vormittags nach 11 Uhr zusammengetreten. Der an die Regierung ergangenen Einministerpräsident Fürst Auersperg und die Minister Baron Lasser und Baron Pretis Folge geleistet. Ueber den Verlauf der Berathung berichten wir in unserer nächsten Nummer.

Im Klub der ungarischen liberalen Partei schiekte Ministerpräsident R. Tisza den vertraulichen Mittheilung, welche er seinen Parteigenossen über das Ergebnis der Bankverhandlungen machte, die Bemerkung voran, daß jene nur zur Orientierung der Partei bestimmt seien; eine formelle Aeußerung derselben werde er erst dann erbitten, wenn er den definitiv festgestellten Vertrag vorlegen können. Demgemäß nahmen die Anwesenden die Mittheilungen des Ministers einfach zur Kenntnis. — „Ellendör“, „Hon“, „Pester Lloyd“ und „Naplo“ führen aus, daß der Ausgleich für Ungarn wol ungünstig sei und hinter allen berechtigten Erwartungen zurückstehe, doch mußte die Regierung unter dem

Drucke der äußeren Lage und finanziellen Verhältnisse des Landes nachgeben.

Der deutsche Reichstag wurde gestern in Berlin durch eine Thronrede eröffnet, welche Kaiser Wilhelm persönlich verlas. In derselben wird zur Deckung des Defizits im Reichsetat eine Erhöhung der Matrikularbeiträge um 25¹/₂ Millionen vorgeschlagen. — Bei der vorgestern im Berliner dritten Wahlkreise stattgefundenen Stichwahl siegte der fortschrittliche Kandidat v. Sauten-Tarpuski über seinen Gegenkandidaten mit knapper Majorität.

Der preussische Landtag wird genöthigt sein, noch etwa vierzehn Tage gleichzeitig mit dem Reichsparlament zu tagen, da mehrere wichtige Vorlagen noch der endgiltigen Erledigung harren.

Das französische Ministerium hielt am 20. d. unter dem Präsidium des Marschalls Mac Mahon eine Sitzung, in welcher Jules Simon dem Präsidenten die vorbereiteten Veränderungen in dem Personal der Unterpräfekten, Generalsekretäre und Präsekturräthe zur Approbation vorlegte. Als Kandidaten für die durch den Tod Changarniers erledigte Stelle eines unabsehbaren Senators werden in den Reihen der Rechten außer den Generalen Binoh und Chabaud-Latour noch Herr von Corcelle, der ehemalige Vorkämpfer beim heiligen Stuhle, und der Chemiker Dumas, Mitglied des Instituts, genannt. Die Linke hat sich noch über keinen Kandidaten geeinigt.

Auf einem Bankett der vereinigten englischen Handelskammern sprach sich Lord Salisbury vorgestern noch einmal über die Konferenz und deren Ergebnis aus; er meinte, wenn dieselbe nicht vermocht habe, der Türkei Vernunft einzuflößen, so habe sie doch das Mißtrauen zwischen den Großmächten beseitigt und die Freundschaft zwischen denselben wieder hergestellt. Die Erklärung des englischen Ministers ist in diesem Momente, da wieder eine Masse Alarmgerüchte circulieren, nicht ohne Werth.

Ueber die künftige Papswahl wird den „Times“ Folgendes telegraphiert: „Unter den mit Bezug auf das künftige Conclave beschlossenen Maßregeln befindet sich eine, durch welche bestimmt wird, daß der Nachfolger von Pius IX. ohne Rücksicht auf seine Nationalität gewählt werden mag. Dadurch wird die pragmatische Regel, kraft welcher nur Italiener gewählt werden konnten, beseitigt. Zwischen dem Papste und den Kardinälen ist viel über diesen Punkt diskutiert worden, aber es herrschte die Meinung vor, daß die Wahl absolut frei sein sollte. Dieser Entschluß wird sämmtlichen Kardinälen mitgetheilt werden.“

Nachrichten aus Montenegro zufolge will der englische Generalkonsul Monson noch immer in Cetinje, und bringt man seinen verlängerten Aufenthalt am Hofe des Fürsten Nikola mit Bemühungen Englands in Verbindung, Montenegro zu bestimmen, auf seine territorialen Vergrößerungsansprüche zu verzichten. Generalkonsul Monson soll Montenegro eine Entschädigung von 100,000 Pfund Sterling für seinen Verzicht angeboten haben.

Der „Pol. Kor.“ wird aus Tiflis gemeldet, daß zwischen Persien und Rußland Abmachungen bestehen, nach welcher der Schah sich verpflichtet hätte, 30,000 Mann an der Grenze des Bagdader Vilajets zu concentrieren.

Tagesneuigkeiten.

(Schwimm-Apparat für Pferde.) Vor längerer Zeit ging die Meldung durch die Zeitungen, daß der bekannte Reitkünstler Oberlieutenant v. Zubovic einen Schwimm-Apparat für Pferde erfunden habe. Mit diesem Apparat nun hat er diesertage in Pest einen Versuch angestellt, über den das „Pester Journal“ berichtet: „Der Apparat hat den Zweck, einer größeren oder kleineren Kavallerie-Abtheilung den augenblicklichen Uebergang über einen nicht überbrückten Fluß oder Teich ohne jede Schwierigkeit zu gestatten. Zubovic fertigte zwei Taschen von vulkanisiertem Kautschuk an, welche durch je einen Schlauch mit pneumatischem Doppelverschluß mit condensirter Luft angefüllt werden und welche auf beiden Seiten des Sattels mittels einer einfachen Schnallencombination in einigen Sekunden leicht angebracht werden können. Sind beide Taschen luftleer, so wiegen sie zusammen vier Pfund und können, zusammengeroßt, bequem im Sattel versorgt werden. Verschiedene von Herrn v. Zubovic angestellte Versuche ergaben ferner, daß ein Pferd selbst bei dem geringen Wärmegrade von 5 bis 6 Grad Reaumur 40 bis 45 Minuten im Wasser ansharren kann; und hierauf auf trockenem Boden augenblicklich vollkommen leistungsfähig sei. Nach diesen Versuchen unternahm Zubovic am 20. d. vormittags um halb 11 Uhr in Pest einen Ritt in die Donau. Das Pferd, welches Zubovic ritt, war ein älteres, ausgemustertes Kavalleriepferd. Zubovic hatte das Pferd vor wenigen Tagen um den Kaufpreis von 50 fl. an sich gebracht. Er hatte ein solch' unscheinbares Thier gewählt, um eben zur Evidenz darzutun, daß das Materiale kein vorzügliches sein müsse. Das Wetter war gerade nicht günstig und das Wasser, welches durch den herbeigeschwemmten Geringschnee auf drei Grad Reaumur gesunken war, ließ das Experiment jedenfalls als bedenklich erscheinen. Nach einigen Capriolen bequemte sich indes der Braun, ins Wasser zu gehen, und, begleitet von dem in einem Rahne sitzenden Kommandanten des Monitor, Linienfahr-Lieutenant v. Kimmel, und den übrigen Offizieren der Monitore, begann die Reise in die kalte Donau. Das Thier, vorterr remorquiert, schwamm dann ruhig fort, ohne den Reiter zu genieren. Nach zwanzig Minuten wurde gelandet, und von

dem Augenblick an, als das Pferd Boden gewann, setzte es sich in vollem Galopp in Bewegung. Oberlieutenant Zubovic wird im Verlaufe der nächsten Tage seine Experimente fortsetzen, um einen Proberitt quer über die Donau, vom Taufetsgraben zum Zollamte, zu veranstalten.

(Ein Hunde-Ashl.) Die Wiener „Kynologische Gesellschaft“ beschloß, ein Ashlhaus und eine Anstalt für Pflege, Pension, Zucht und Dressur von Hunden zu errichten. Als Ort der Anlage des Ashls ist Hiezing ausersehen. Die Kosten des Baues werden durch Ausgabe von Antheilscheinen unter den Gesellschaftsmitgliedern, aufgebracht und ist mehr als die Hälfte bereits gezehnet. Neuzustimmende sind dem Vereine beigetreten: Prinzessin Rosa Hohenlohe-Bartenstein, Ludwiga Gräfin Stadion, Fürst Lobkowitz, Graf Rudolf Kinsky, Graf Nikolaus Esterhazy, Graf Karl Kinsky.

(Die Tanzlust der Fran — ein Ehescheidungsgrund.) Vor dem Pariser Gerichte wurde unangefordert folgender Ehescheidungsfall verhandelt: Das Töchterchen eines geachteten Herrn bekam Fraisen. Der Arzt erkannte die Krankheit als gefährlich, die Mutter aber, welche gerade, als er diese Mittheilung machte, mit der Balkoilette beschäftigt war, setzte trotzdem diese fort. „Sie werden doch nicht desseungeachtet den Ball besuchen wollen?“ fragte mit Bewunderung der Gatte. — „Nur auf zwei Stunden“, antwortete sie, „ich habe es versprochen, und da wäre es nun nicht höflich, wenn ich dem gegebenen Worte nicht nachkommen würde.“ — „Das Kind kann aber indessen sterben.“ — „Ich bleibe also nur eine Stunde dort.“ — „Wenn Sie bei solchen Verhältnissen das Haus verlassen, so können Sie sicher sein, daß Sie es nie mehr betreten werden.“ — Sie ging und er hielt Wort. Vom Balle zurückgekehrt, fand die Fran das Hausthor verschlossen. Es kam zum Prozesse, und das Gericht erkannte, daß eine Mutter, welche von einem kranken Kinde fort und auf den Ball gehen kann, ihr Recht als Gattin verliert. Die Ehe wurde geschieden und dem Manne das Recht zugesprochen, die Tochter bei sich behalten zu können.

Lokales.

(Vorbesprechung.) Um die zur Gründung eines Volksknecht-Vereins in Laibach notwendigen Schritte zu berathen, findet morgen nachmittags um 3 Uhr in den unteren Lokalitäten der alten Schießstätte eine Vorbesprechung statt, zu deren Besuche die dem Projekte bereits beigetretenen Damen und Herren, sowie überhaupt alle, die sich um das Zustandekommen desselben interessieren, geladen sind. Mit Rücksicht auf das gemeinnützige allgemeine Interesse, das hierbei im Spiele steht, wäre eine zahlreiche Theilnahme seitens des Publikums sehr erwünscht. Aufgabe der Versammlung wird es zunächst sein, ein allgemeines Croquis der leitenden Grundsätze festzustellen, unter denen bei der Gründung vorgegangen werden soll, sowie ein Comité zu wählen, dem die ersten constituierenden Schritte übertragen werden. Das bisherige Ergebnis der Subscription ist ein sehr günstiges und läßt mit Sicherheit schon in Kürze das volle Zustandekommen der zum Beginnen nötigen Geldmittel erwarten.

(Laibacher Volksknecht.) Dem zu gründenden „Volksknecht-Verein“ sind als Mitglieder ferners beigetreten die Herren: Lorenz Mikusch, Heinrich Nitsch, Bartholomäus Schitnik, Alois Kuntz, Julius Klemenc, Rudolf Miklavc, Franz Fortuna, Franz Schantel, Dr. Josef Suppan, Johann Pototschnig, Simon Dobilnik, Anton Koceti, Franz Ehrfeld, Karl S. Till, Gustav Korabag, Heinrich Pototschnig und Leo Suppanitsch.

(Konzert.) Heute abends findet im landschaftlichen Redoutensaal bereits seit längerer Zeit angekündigte Konzert der beiden Künstler Pabio de Sarasate und Anton Door statt. Das Programm desselben haben wir kürzlich mitgetheilt, es besteht aus 5 Nummern, hierunter befinden sich 6 Klavier-Piecen von Reinecke, Kirchner, Lewy, Grann, Brill und Rubinstein, 3 Violin-Piecen von Chopin, Raff und Wieniawsky, sowie die U-moll-Sonate für Klavier und Violine von Beethoven. Mit dem gleichen Programme konzertierten die Künstler Montag in Graz und Mittwoch in Triest, und sprechen sich die dortigen Blätter über das Spiel derselben ganz entzückt aus, insbesondere wird die Geläufigkeit und Virtuosität Sarasate's als eine geradezu phänomenale bezeichnet, demgegenüber aber auch dem begabten Vortragenden Doors, der bekanntlich zu den ersten Pianisten Wiens zählt und daselbst die Stelle eines Professors am Conservatorium einnimmt, alle Anerkennung gezollt. Dem heutigen Abende dürfen somit alle Musikfreunde Laibachs mit erhöhtem Interesse entgegensehen.

(Benefiz-Vorstellung.) Zum Vortheile der Schauspielerin Fräulein Adele Weidl wird Montag den 26. d. M. das historische Lebensbild „Josef II. und Maria Theresia“ oder: „Gute Nacht, Hanschen!“ gegeben. Bei der Beliebtheit, deren sich die fleißige und talentvolle Schauspielerin beim hiesigen Theaterpublikum erfreut, dürfte dieselbe wol auch auf ein volles Haus rechnen dürfen.

(Der ärztliche Verein) in Laibach hält am nächsten Mittwoch den 28. Februar eine Sitzung ab mit folgendem Programm: A. Innerer Angelegenheiten, darunter Verleihung der Löschner-Stiftung und Referat Dr. Reesbacher über die Gründung von Lesefrühen in Krain, daher statutenmäßig die Anwesenheit von mindestens zwölf Mitgliedern erforderlich ist. B. Wissenschaftliche Vorträge: 1.) Primarius Dr. Bleiwitz: Psychiatrische Mittheilungen; 2.) Bezirksarzt Dr. Kappler: Mittheilungen aus der gerichtlichen Praxis; 3.) Professor Dr. Valenta: Studien über den künstlichen Fruchtblasenprung.

(Vom Sängerballe.) Wie nachträglich gemeldet wird, wurde am Sängerballe ein Illusion-Shawl verloren, dagegen ein gesticktes Taschentuch gefunden. Nähere Auskunft hierüber ertheilt Herr Karl Raringer.

(Platzmusik.) Bei günstiger Witterung spielt die Regimentskapelle morgen mittags von halb 12 bis halb 1 Uhr im Rondeau der Sternallee nachfolgendes Programm: 1. Introduction zur Oper „Un Ballo in Maschera“ von Verdi; 2. Bürgerhymn, Walzer von Strauß; 3. Ständchen von Schubert; 4. Ouverture aus der Oper „Semiramide“ von Rossini; 5. „Angot“-Quadrille von Strauß; 6. Marsch aus „Fatinija.“ — Abends um 7 Uhr beginnt das übliche Militär-Konzert im Kasino-Glassalon.

(Starker Schneefall.) Am 21. d. M. trat längs der Südbahnstrecke in ganz Obersteiermark ein so außergewöhnlich starker Schneefall ein, daß den Personenzügen, um deren Verkehr aufrechtzuerhalten, Schneepflüge vorausgeschickt werden mußten. Auch aus Kärnten laufen Berichte über heftige Schneefälle ein; desgleichen erzählten Reisende, die im Laufe der letzten Tage mittelst Wagen oder Rudolfsbahn aus Oberkärnten kamen, daß daselbst fast überall nahezu kniehohes Schnee liegt. Die Laibacher Ebene zeigt dagegen fast gar keinen Schnee.

Theater.

(—g.) Vorgestern wurde zum Vortheile des Herrn Kapellmeisters Eduard Krone die reizende dreitägige Oper von Nicolai: „Die lustigen Weiber von Windsor,“ gegeben. Der Abend war ein festlicher, vor allem für den Benefizianten, den ein mit Reifsig und Blumen gezierter Dirigentenpult, auf diesem zwei Kränze mit prachtvollen Bändern, gewidmet vom „Theaterpersonal“ und „Bon der Direction“, erwarteten und der beim Eintritte in das Orchester von diesem mit dreimaligem Tusch empfangen und vom Publikum am Beginne und am Ende der Vorstellung mit lebhaftem Beifalle begrüßt wurde. Aber auch jeder Zuschauer wohnte der exakten Aufführung mit Spannung bei und mußte das Haus mit dem Gesäthe vollster Befriedigung verlassen haben. Schon die Ouverture, welche von dem in den Violinen durch je einen Geiger verstärkten Orchester zur vollen Geltung gebracht wurde, erzielte reichlichen Beifall. Im Verlaufe des Abends waren die sonst öfters vorkommenden Schwankungen und Unsicherheiten sowohl auf der Bühne wie im Orchester sehr selten, ein Beweis, daß der unerwähnte Dirigent für seinen Ehrentag eine erhöhte Thätigkeit verwendet hatte.

Herr Mailler wurde der stellenweise unter seiner Stimmleitung stehenden Partie des „Falsch“ vollkommen gerecht und elektrifizierte insbesondere im Trinklied und im Duett mit „Herrn Fluth“ im zweiten Akt. Frau Frischke und Fel. Suemer führten ihre anstrengenden Aufgaben mit gewohnter Sicherheit und Vollendung durch und glänzten besonders im Duett des ersten Aktes. Herr Welsch konnte seinen „Fluth“ ebenfowenig zur Geltung bringen, wie Herr Weiß seinen „Fenton.“ Letzterer war übrigens heiser. Ueberraschend gut und richtig sang Frau Zwergen und wurde mit verdienten stürmischen Hervorrufen ausgezeichnet. Herr Rieger, als jugender „Junfer Spärlich“, bethätigte seine hervorragende Eignung für dieses Genre und zog sich auch in gesanglicher Beziehung mit Glück aus der Affaire.

Die vom Herrn Direktor Frischke besorgte Inszenierung der Oper ließ, wie immer, nichts zu wünschen übrig. Leider war das Haus nicht durchwegs, wie wir es im Interesse des Benefizianten gewünscht hätten, sondern nur im Stehparkette gut besetzt, und wir bemerkten in den Sitzbänken und auch im Logenraume auffallende Lücken. Hoffentlich wird eine Reprise der Oper mehr Zugkraft ausüben.

Gingefendet.

Herr Redacteur! Gestatten Sie mir, in Ihrem Blatte eine Angelegenheit zur öffentlichen Diskussion zu bringen, die nach der Höhe der damit verbundenen Geldfrage zwar nur ein bescheidenes öffentliches Interesse für sich beanspruchen darf, dagegen vom Rechtsstandpunkte aus einer Klarstellung nicht ganz unwerth erscheint, umso mehr, als außer mir auch noch viele andere durch die gleiche Frage in ihrem materiellen Interesse tangiert werden. Der Fall, auf welchen ich Ihre und die Aufmerksamkeit der eventuellen Leser dieser Zeilen zu lenken beabsichtige, ist nachstehender:

Meine Frau Therese geb. Drel, trat im Jahre 1866 dem Marien-Bruderschaftsverein in Laibach als Mitglied bei und gehört demselben noch heute, somit bereits seit vollen zehn Jahren an, während welcher Zeit sie alle zu leistenden Vereinszahlungen pünktlich entrichtete. Der Zweck des genannten Vereins geht bekanntlich dahin, „seinen Mitgliedern und deren Kindern unter dem 15. Lebensjahre“ im Falle ihres Todes ein anständiges Leichenbegängnis zu sichern. In dem einzigen hierauf bezüglichen § 1 der von der hohen k. k. Landesregierung unter dem 12. Mai 1853 genehmigten Statuten heißt es nämlich wörtlich: „Zweck des Vereins ist die anständige Ausstattung der Leichenbegängnisse von verstorbenen Vereinsmitgliedern und ihrer Kinder, welche das 15. Lebensjahr nicht überschritten haben, und Lesung zweier heil. Messen für ihr Seelenheil.“

Als mir am 19. Mai 1874 mein Sohn Ernst starb, wurde meiner Frau in Gemäßheit dieser statutarischen Bestimmung über einfache Vorweisung ihres Mitgliedsbuches anstandslos eine Be-

erdigungsbeisteuer von 5 Gulden ausbezahlt, wobei ich nur noch bemerke, daß ich für meine Person dem genannten Vereine gar nie etwas, weder heute noch damals, angehört habe. Kürzlich nun hatte ich das Unglück, abermals ein Kind — ein einjähriges Mädchen — zu verlieren. Als meine Frau den Tod desselben beim Vereine anmeldete und die vorgeschriebene Beerdigungsquote beanpruchte, wurde ihr diesmal dieselbe mit der, meiner Ansicht nach ganz unberechtigten und gegen den Wortlaut der Statuten verstößenden Motivierung verweigert: daß sie keinen Anspruch darauf habe, da sie allein und nicht zugleich auch ich — ihr Mann — Mitglied des Vereins sei. Da ich nun nicht gefonnen war, diesen meiner Frau gegenüber geliebten Akt der Willkür so ruhig hinzunehmen, so begab ich mich, als deren natürlicher Vertreter, zum Vereinsvorstande Herrn Horak, um daselbst das Recht meiner Frau geltend zu machen, erhielt jedoch auch dort den gleich abschlägigen Bescheid, und bin noch heute ohne den gebührenden Leichenlostenbeitrag, obwohl derselbe, wie Sie aus dem klaren Wortlaute des oben zitierten § 1 ersehen, meiner Frau zweifellos zukommt, da in demselben die Bedingung, daß beide Elternteile dem Vereine angehören müssen, mit keiner Silbe erwähnt ist, abgesehen davon, daß uns in dem ganz gleichen Falle vor drei Jahren die Auszahlung anstandslos gewährt wurde.

Ich erlaube mir daher hiemit die öffentliche Anfrage, mit welchem Rechte sich der Marien-Bruderschafts-Verein und speziell dessen Vorstand Herr Horak diese ebenso willkürliche als ungerechte Statutenauslegung (die sich meine Frau übrigens durchaus nicht gefallen lassen wird) erlaubt, und empfehle zugleich, da ich persönlich, wie schon erwähnt, nicht Mitglied des Vereines bin, daher diesbezüglich nicht aktiv vorgehen kann, den zahlreicheren Mitgliedern, von denen gewiß mehrere in der gleichen Lage wie ich sind oder doch leicht kommen können, dieses Thema in der morgen Vormittag stattfindenden Generalversammlung des Marien-Bruderschafts-Vereines zur Sprache zu bringen, in jedem Falle aber dafür zu sorgen, daß den Mitgliedern in den Statuten nicht Benefizien zugesichert werden, die der Verein hinterher ganz einfach umgeht. Laibach den 22. Februar 1877.

Ernst Spatek.

Der übliche Verein der krainischen Sparkasse hat in der am 19. Februar l. J. abgehaltenen Generalversammlung für Unterstützung dürftiger Schüler an der zweiten städtischen Volksschule den Betrag von 200 fl. großmüthig votiert. Für diese namhafte Spende wird im Namen der armen Schuljugend hiermit öffentlich der tiefgefühlte Dank ausgesprochen.

Leitung der zweiten städtischen fünfklassigen Knaben-Volksschule in Laibach. Leopold Belar, Schulleiter.

Dankfagung.

Der übliche Sparkassenverein hat der gefertigten Direction auch heuer wieder die großmüthige Gabe von 100 Gulden gewidmet, wofür hiemit der wärmste Dank öffentlich ausgesprochen wird. Laibach am 22. Februar 1877.

Die Direction des ersten Kranken-Unterstützungs und Versorgungsvereines.

Neueste Post.

Best, 22. Februar. (Presse.) Man erwartet ein Allerhöchstes Handschreiben über die Ernennung des ungarischen Kabinetts nächsten Sonntag im Amtsblatte. Erst nachher wird in beiden Häusern eine Sitzung einberufen, in welcher das Kabinet sich vorstellen wird, also bestenfalls in der ersten Hälfte nächster Woche. Die Tagesordnung ist zwar noch nicht festgestellt, doch soll dieselbe dort wieder aufgenommen werden, wo sie vor der Krise abgebrochen wurde.

Jnnbruck, 22. Februar. (Presse.) Der heutige „Vote für Tirol“ versichert bestimmt die Existenz einer geheimen Enchikla des Papstes an den Nuntius in Wien und den Fürsibischof in Brizen betreffs der Nothwendigkeit der Reichsrathsbescheidung seitens der Klerikalen.

Prag, 22. Februar. (Presse.) Zum Aufbau einer großen deutschen Turnhalle bewilligte der Finanzminister dem hiesigen deutschen Turnverein die Veranstaltung einer Lotterie in der Höhe von 100,000 Gulden unter Verzichtleistung auf die Lotteriesteuer.

Brünn, 22. Februar. (Presse.) Der Olmüzer Erzbischof entließ im Kremsierer Knabenseminar das weibliche Dienstpersonal, um statt desselben aus Deutschland ausgewiesene Nonnen unterzubringen.

Lemberg, 22. Februar. (Presse.) Nach einem Jassher Telegramme des „Dziennik“ sollen die rumäni-

schen Präfelten bereits die Verständigung erhalten haben, daß der Durchmarsch russischer Truppen durch Rumänien in kurzem bevorstehe.

Belgrad, 22. Februar. (N. W. Tgbl.) Der Ausfall der Gesamtwahlen ist überwiegend oppositionell. In Kragujevac und Jagodina wurden durchwegs Sozialisten radikalster Richtung gewählt. In eingemeinten Kreisen kolportiert man die Nachricht, das Ministerium Niksic wolle noch vor dem Zusammentritte der Skupstina freiwillig demissionieren.

Belgrad, 22. Februar. (N. W. Tgbl.) Die Verhandlungen in Konstantinopel lassen einen baldigen Erfolg erwarten. Nach offiziellen Angaben bietet nur die Frage der Grenzregulierung einige Schwierigkeiten. Bis Sonntag hofft man die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, um dieselben Montag sofort der Skupstina zur Annahme vorlegen zu können.

Telegrafischer Wechselkurs

vom 23. Februar. Papier = Rente 62.55. — Silber = Rente 67.50. — Gold = Rente 74.—. — 1860er Staats-Anlehen 109.25. — Bank-Aktien 836.—. — Kredits-Aktien 149.—. — London 124.15. — Silber 113.10. — R. k. Münz-Dukaten 5.90. — Napoleons'or 9.92 1/2. — 100 Reichsmark 60.90.

Verstorbene.

Den 15. Februar. Dorothea Sterjanec, Inwohnerin, 88 J., St. Petersstraße Nr. 3, Erbschöpfung der Kräfte. Den 16. Februar. Andreas Petrovic, Tischler, 80 J., Deutsche Gasse Nr. 9, Lungentzündung. Den 17. Februar. Helena Bergant, Hausbesitzerin, Witwe, 75 J., Kirchengasse Nr. 13, und Leopoldine Scharab, Lederhändlers-Kind, 3 Mon. 2 Wochen, Altemarkt Nr. 7, Lungentzündung. — Gantian Tomiz, Zwangsarbeitshaus-Aufsicht, 50 J., Polanastraße Nr. 57, Lungentuberkulose. Den 18. Februar. Agnes Hauptmann, Schriftmalerin, Witwe, 83 J., Schellenburggasse Nr. 4, Darmlähmung. — Elisabeth Euhadolnik, Inwohnerin, 13 Monate, Elisabeth-Kinderhospital, Regensieher. — Maria Jndigar, Arbeiterin, 26 J., Zivilspital, Magenkreb. — Elvira Scozia, Waise, 10 J., 10 Mon., Elisabeth-Kinderhospital, acute Tuberkulose. — Mathilde Spagel, Schriftsetzers-Kind, 1 J., Bahnhofgasse Nr. 120, Stimmrigenkrampf. — Theresia Jndof, Maurers- und Kaiserhof-Kind, 18 Monate, Hühnerdorf Nr. 43, Gehirn-Lähmung. — Egidii Wargaret, Habernjammer, 40 J., Zivilspital, allgemeine Wasserjauch. Den 19. Februar. Emma Leitmaier, k. k. Landesgerichtsrath's-Gemalin, 34 J., Bahnhofgasse Nr. 15, Wochenbett-Kind. Den 20. Februar. Franziska Kramer, Dienstmagd, 14 Mon., Raffelberg-Gasse Nr. 4, Bronchitis. — Philipp Jakob Jantar, Bäckermeister und Hausbesitzer, 66 J., Domplatz Nr. 12, Lungentuberkulose. — Eleonora Thonhauer, Private, 79 Jahre, Römerstraße Nr. 1, Schlagfluß. — Jakob Bezdir, Tagelöhner, 37 J., Zivilspital, Lungentuberkulose. Am 21. Februar. Franz Cajhen, Tagelöhner, 84 J., Zivilspital, und Franz Triller, Gastgeber und Hausbesitzer, 86 J., Kirchengasse Nr. 13, beide an der Lungentuberkulose. — Johann Küfner, Verzehrungssteuer-Aufsicht, 48 J., Zivilspital, Lungentuberkulose. Den 22. Februar. Nikolaus Machinshi, Hausbesitzer, 83 J., Zivilspital, Lungentuberkulose. — Dem Franz Eizman, sein Kind männlichen Geschlechtes, 1/2 Stunde, Lirnanerstraße Nr. 46, Lebensschwäche infolge Frühgeburt. — Maria Purta, Malerswitwe, 67 J., Franziskanergasse Nr. 9, Lungentuberkulose. — Rudolf Grum, Spenglerskind, 10 Mon., St. Petersstraße Nr. 32, Convulsionen. R. k. Garnisonspital. Den 15. Februar. Josef Ruzl, Unterfanonier des 1. 12. Artillerie-Regiments, Lungentzündung.

Theater.

Heute: Zum sechsten male: Fatinija. Romische Oper in 3 Akten, mit Benützung eines dem Faublas entlehnten älteren französischen Stoffes von F. Zell und Richard Gené. Musik von Franz von Suppé.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Temperatur nach Celsius	Wind	Richt. des Stimmels	Wasserwärme in Wien
23.	7 U. Mg.	725.54	+ 0.6	NO. schwach	leicht bew.	0.00
	2 „ Ab.	725.29	+ 5.6	SO. schw.	heiter	
	9 „ Ab.	727.70	+ 2.6	Windstill	bewölkt	

Angenehmer, sonniger Tag. Der Schnee in der Ebene ganz verschwunden. Das Tagesmittel der Wärme + 2.6°, um 2° über dem Normale.

Beantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht.

Wien, 22. Februar. (1 Uhr.) Der Verkehr war schleppend, die Kursveränderung nicht bedeutend, die Stimmung nicht ungünstig, die Speculation aber keineswegs animirt.

Geld		Ware		Geld		Ware		Geld		Ware				
Papierrente	62.80	63.10	Siebenbürgen	71.25	71.75	Franz-Joseph-Bahn	117.75	118.25	Sal. Karl-Ludwig-B., 1. Em.	101.50	102.—			
Silberrente	67.95	68.15	Lemfer Banat	71.75	72.25	Galizische Karl-Ludwig-Bahn	210.50	210.75	Deferr. Nordwest-Bahn	90.40	90.60			
Goldrente	74.10	74.20	Ungarn	73.75	74.25	Rafchau-Oderberger Bahn	85.—	85.50	Siebenbürgen-Bahn	59.75	60.—			
Actien von Banken.				Actien von Transport-Unternehmungen.				Prioritäts-Obligationen.						
Lose, 1839	283.—	285.—	Anglo-Böhm. Bank	72.75	73.—	Anglo-Böhm. Bank	105.25	105.50	Sal. Karl-Ludwig-B., 1. Em.	60.20	60.45			
„ 1854	105.50	106.25	Kreditanstalt	149.75	150.—	Nationalbank	89.25	89.50	Deferr. Nordwest-Bahn	123.80	124.00			
„ 1860	110.—	110.25	Depositenbank	127.—	128.—	Ung. Bodenkredit-Institut (S. B.)	96.45	96.60	Siebenbürgen-Bahn	124.—	124.10			
„ 1860 (Fünftel)	118.50	118.75	Kreditanstalt, ungar.	120.—	120.25	Franz-Joseph-Bahn	88.—	88.25	Staatbahn 1. Em.	118.—	118.50			
„ 1864	135.60	135.90	Eskompte-Anstalt	670.—	680.—	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	79.—	79.75	Südbahn à 3 1/2%	94.—	94.25			
Ung. Prämien-Anl.	71.50	72.—	Nationalbank	834.—	835.—	Ungarische Nordbahn	92.—	92.60	Südbahn, 5%	—	—			
Kredit-Anl.	161.75	162.25	Deferr. Bankgesellschaft	191.50	192.50	Wiener Tramway-Gesellschaft	—	—	Südbahn, 5%	—	—			
Rudolfs-R.	13.50	14.—	Unionbank	52.75	53.—	Pfundbriefe.				Debitten.	60.20	60.45		
Prämienanlehen der Stadt Wien	94.—	94.50	Verkehrsbank	79.25	79.75	Ung. öst. Bodenkreditanst. (i. G. S. B.)	105.25	105.50	Auf deutsche Plätze	123.80	124.00			
Donau-Regulierungs-Lose	103.—	103.25	Wiener Bankverein	—	—	Nationalbank	89.25	89.50	London, kurze Sicht	124.—	124.10			
Domänen-Pfandbriefe	144.—	144.50	Actien von Transport-Unternehmungen.				Ung. Bodenkredit-Institut (S. B.)	96.45	96.60	London, lange Sicht	49.15	49.25		
Deferr. Reichs-Eisenbahnen	99.25	99.50	Alföld-Bahn	95.50	96.—	Ung. Bodenkredit-Institut (S. B.)	88.—	88.25	Paris	49.15	49.25			
Ung. Eisenbahn-Anl.	98.25	98.75	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	345.—	347.—	Pfundbriefe.				Geldsorten.		Waren		
Ung. Schatzbons vom J. 1874	96.25	96.50	Elisabeth-Westbahn	132.50	133.—	Ung. öst. Bodenkreditanst. (i. G. S. B.)	105.25	105.50	Dukaten	5 fl. 92 kr.	5 fl. 93 kr.			
Anlehen d. Stadtgemeinde Wien	95.60	95.75	Ferdinand-Nordbahn	1800.—	1805.—	Nationalbank	89.25	89.50	Napoleons'or	9 „ 89 1/2 „	9 „ 90 „			
Grundentlastungs-Obligationen.				Prioritäts-Obligationen.				Prioritäts-Obligationen.				Krainische Grundentlastungs-Obligationen.		Waren
Böhmen	100.50	101.50	Elisabeth-Westbahn	132.50	133.—	Elisabeth-B. 1. Em.	90.50	91.—	Republ. Reichsbanknoten	60 „ 85 „	60 „ 90 „	Privatnotierung: Geld 90.—, Ware —	60 „ 90 „	
Niederösterreich	100.75	101.25	Ferdinand-Nordbahn	1800.—	1805.—	Ferd.-Nordb. in Silber	105.50	106.—	Silbergulden	113 „ 10 „	113 „ 25 „	Kredit 149.80 bis 149.90.	149.80 bis 149.90.	
Galizien	84.20	84.70	Nachtrag: Um 1 Uhr 30 Minuten notieren: Papierrente 62.9° bis 63.10. Silberrente 73.—. London 123.90 bis 124.10. Napoleons 9.89 bis 9.89 1/2. Silber 113.10 bis 113.25.				Elisabeth-B. 1. Em.	90.50	91.—	Krainische Grundentlastungs-Obligationen.		67.90 bis 68.—.	Goldrente 74.10 bis 74.30.	